

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **07. Februar 2023** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **21.10** Uhr)

in der **Rheinstube, Badnerlandhalle, Rubensstr. 21,
76149 Karlsruhe-Neureut**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **19** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Karsten Lamprecht (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger
Rechnungsamtsleiter Axel Grether**

Zu TOP 2: **Karin Lorenz, Stadtplanungsamt, Stadt
Karlsruhe**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **27.01.2023** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **02.02.2023** ortsüblich
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen
Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Zu Punkt 1 der T.O.: **Überplanung der Abfallsammlung in Feiertagswochen**

Das Thema zusammenfassend, resümiert der Vorsitzende eingangs, aus Sicht der Verwaltung gebe es keine gravierenden Veränderungen für Neureut.

Denn die Entsorgungslogistik des neu geschaffenen Eigenbetriebs Team Sauberes Karlsruhe (TSK), das vormalige Amt für Abfallwirtschaft, hat die Touren der Abfallsammlung optimiert. In diesem Zusammenhang sind auch die Auswirkungen der derzeitigen Feiertagsregelung auf die Tourenabarbeitung geprüft worden, da stadtweit derzeit unterschiedliche Handhabungen bei der Abwicklung der Abfallsammlung in Feiertagswochen existieren.

Wichtig für Neureut sei gewesen, erläutert **Hauptamtsleiter Thomas Jäger**, dass sich dadurch kein Stau der Entsorgung in Neureut bilden könne, was durch die nahtlose Entsorgung in den jeweiligen Feiertagswochen auch gelinge.

Die Tourenverläufe und damit die Abfuhrtage ändern sich, je nachdem auf welchen Wochentag ein Feiertag fällt. Und so wurde für jeden Feiertag in 2023 eine Tourenplanung erstellt. Bei notwendigen Anpassungen übers Jahr hinweg können sich einzelne Abfuhrtage für Neureut dennoch ändern!

Mit der Neugestaltung der Touren werde eine gleichmäßigere Verteilung der personellen und materiellen Ressourcen bei gleichzeitiger Reduzierung der Sachkosten sowie einer Vereinheitlichung der stadtweiten Abwicklung der Abfallsammlung erreicht, so der neu geschaffene Eigenbetrieb.

In Neureut, wo aufgrund des Teilservices wie auch in Wolfartsweier, eine Bereitstellungspflicht seitens der Anschlussnehmenden besteht, werden die an einem Feiertag ausfallenden Touren bisher am Folgetag mit zusätzlichem Abfallsammelfahrzeugen und entsprechendem Personal nachgeholt. Wird nun das gesamte Kalenderjahr betrachtet, benötigt die Entsorgungslogistik hierfür ca. 50 Tageseinsätze an Abfallsammelfahrzeugen und Fahrenden sowie ca. 100 Tageseinsätze an Müllladenden. Diese zusätzlichen Ressourcen werden über externe Dienstleister abgedeckt.

Um künftig einerseits die Kosten für diese Zusatzeinsätze und andererseits den organisatorischen Planungsaufwand der Disposition der Entsorgungslogistik zu reduzieren, wird für Neureut eine Feiertagsplanung erstellt, in der der feiertagsbedingte Ausfall von Sammeltouren ebenfalls über Mehrarbeit an den restlichen vier Arbeitstagen kompensiert wird. Eine ähnlich gelagerte Situation konnte für Wolfartsweier im August 2022 schon erfolgreich umgesetzt werden.

Durch die Neuplanung der Abfallsammlung in Feiertagswochen werden die benötigten personellen und materiellen Ressourcen gleichmäßiger verteilt. Dadurch erfolgt ein deutlich effizienterer Ressourceneinsatz, wodurch Ausfälle von Fahrzeugen oder Personal künftig besser kompensiert werden können. Darüber hinaus wird eine stadtweit einheitliche Abwicklung der Abfallsammlung bei gleichzeitiger Reduzierung der Sachkosten erreicht.

Die im Vorfeld notwendige Öffentlichkeitsarbeit, um diese Umstellung an die betroffenen Haushalte zu kommunizieren, wird durch das AfA in Absprache mit der Ortsverwaltung Neureut realisiert. Ebenfalls wird der Abfallkalender entsprechend angepasst.

Und so kann **Ortschaftsrat Sebastian Kreuter** auf eine entsprechende Frage versichert werden, dass sich für den Bürger tatsächlich nichts ändere und bei Feiertagen die Entsorgung in der gleichen Woche sichergestellt sei.

Die Gebühren bleiben gleich, lautet die Antwort auf eine Nachfrage von **Ortschaftsrat Dieter König**.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohhuber erfährt auf ihre Frage, wie dies der Öffentlichkeit bekanntgegeben werde, dass entsprechende Pressearbeit seitens des Eigenbetriebes zugesagt wurde. Hauptamtsleiter Thomas Jäger erläutert, er gehe davon aus, dass diese Informationen in die „Neureuter Nachrichten“ dann zur Veröffentlichung übernommen werden können. Parallel werde der Eigenbetrieb über seine Homepage-Seite die Bevölkerung entsprechend darüber berichten.

Auch **Hubert Kast (Fraktionsvorsitzender)**, interessiert sich dafür, wie die Bevölkerung informiert werde und wies darauf hin, dass die entsprechenden Termine im Abfallkalender des AfA digital etwas schwer zu finden waren.

Hierzu gab es den Hinweis, dass die Öffentlichkeitsarbeit des AfA, um die Umstellung an die betreffenden Haushalte zu kommunizieren, erst im Nachgang der Sitzung erfolge.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die vorgestellte Überplanung der Abfallsammlung in Feiertagswochen zur Kenntnis.

**Zu Punkt 2 der T.O.: Sachstandsbericht Bebauungsplan
„Zentrum III“**

Zu diesem Thema steht **Stadtplanerin Karin Lorenz** dem Gremium Rede und Antwort in Form eines Sachstandsberichtes. Die Fragen aus den Reihen des Ortschaftsrates betreffen vor allem die mögliche Dichte der Bebauung, die Themenbereiche Umlegung, Erschließung, den Bau entsprechender Infrastrukturen, wie Schule, Hallenbad etc. .

Das Verfahren soll „hoch prioritär“ weitergeführt werden, betont Lorenz. Jedoch umfasse es ein großes Gebiet, in dem viel Themen abzuhandeln seien und es deshalb auch noch mindestens drei Jahre dauern werde, wenn nicht noch unvorhersehbare Dinge dazu kämen, welche beispielsweise von Bürger*innen oder den Trägern öffentlicher Belange hervorgebracht werden könnten, die man bei einem so großen Verfahren nicht wisse. Sie führt auch noch die vermutete alte römische Fernstraße an, die von Kirchfeld komme und zeigt den Verlauf auf dem Plan. Hier werde die Archäologie etwa den ersten Meter Bodentiefe abtragen, um zu wissen, wo genau diese Straße liege. Hierüber sollen die vielen, privaten Eigentümer informiert werden. Dies sei bereits für Ende des Sommers eingetaktet, wenn der Landwirt die Ernte eingeholt habe.

Dabei erläutert sie eingangs mit einer Power-Point-Präsentation die Historie und Planungsgrundlage. Danach umfasst der Bebauungsplan **„Neureut - Zentrum III“** eine rund 24 ha große Fläche, die derzeit noch weitgehend landwirtschaftlich genutzt wird. In diesem Bereich südlich der Unterfeldstraße, zwischen Teutschneureuter Straße, Spöcker Straße und Neureuter Querallee liegen zahlreiche sehr schmale, private und teilweise auch städtische Grundstücke, für die mit Hilfe eines Bebauungsplans neues Planungsrecht geschaffen werden soll, um hier ein neues Wohngebiet zu entwickeln. Begleitet von frühzeitiger und umfangreicher Bürgerbeteiligung wurde zunächst ein städtebaulicher Realisierungswettbewerb durchgeführt und (nach seiner Überarbeitung) ein städtebaulicher Rahmenplan erarbeitet, der vom Gemeinderat im Juli 2020 als Grundlage für den Bebauungsplan beschlossen wurde.

Ausgehend von den Zielen des Räumlichen Leitbildes ist das Gebiet im Flächennutzungsplan als geplante Wohnbaufläche mit zentralen Grünflächen dargestellt. Im Rahmen des Bebauungsplan-Verfahrens hat von Ende 2020 bis Anfang 2021 die erste Beteiligung der Träger öffentlicher Belange stattgefunden. Auf

Grundlage der hierbei vorgebrachten Stellungnahmen konnten anschließend die notwendigen Gutachten und der Umweltbericht ausgeschrieben und vergeben werden. Parallel zu den Untersuchungen der beauftragten Gutachter wurde in zahlreichen Abstimmungsrunden mit den verschiedenen Fachämtern und Fachbehörden, der VBK und den Stadtwerken der erste Bebauungsplan-Vorentwurf erarbeitet. Für die z.T. komplexen und umfangreichen einzelnen Themenbereiche (Grün- und Artenschutz-Konzept, Ausgleichsflächensuche, Leitungsinfrastruktur und Energieversorgung, zukunftsweisendes Entwässerungskonzept, Verkehrs-/Straßenbahnanbindung, Infrastruktureinrichtungen für alle Altersgruppen etc.) wird in verschiedenen Arbeitsgruppen nach gemeinsamen Lösungen gesucht und die Planung weiter konkretisiert und vorangebracht. Nach Vorliegen erster Ergebnisse aus Artenschutz-, Verkehrs- und Lärmgutachten soll als nächster offizieller Verfahrensschritt in der Badnerlandhalle am Donnerstag, 23. März 2023 um 17 Uhr, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB im Rahmen einer Bürgerversammlung durchgeführt und dabei der Bebauungsplan-Vorentwurf vorgestellt werden. Die Bürger haben in der Veranstaltung die Möglichkeit, Fragen zur Planung zu stellen, sowie Anregungen und Einwendungen vorzubringen. Zur Erleichterung der Information der Öffentlichkeit kann der Bebauungsplan im Anschluss an die Bürgerversammlung für einen angemessenen Zeitraum beim Stadtplanungsamt, bei der Ortsverwaltung Neureut und im Internet eingesehen werden. In diesem Zeitraum sind ebenfalls Stellungnahmen möglich.

Das Bebauungsplan-Verfahren werde mit hoher Priorität weitergeführt, gibt Lorenz einen Ausblick auf das weitere Vorgehen. Dennoch sei von einer Verfahrensdauer von mindestens noch 2 Jahren auszugehen, abhängig von nicht bekannten Problemfeldern auch aus der Bürger- und Trägerbeteiligung, sowie daraus resultierendem Änderungsbedarf etc. Spätestens nach Beschluss der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes wird mit der Durchführung des Bodenordnungsverfahrens begonnen. Die Dauer des Bodenordnungsverfahrens zur Realisierung der Planung wird im Wesentlichen von der Mitwirkungsbereitschaft der zahlreichen privaten Eigentümer abhängig sein. Die Vergabe von städtischen (Wohnbau-) Grundstücken im Umlegungsgebiet ergeht im Rahmen des städtischen „Grundstücksvergabekonzept Wohnen“, soweit städtische Flächen vorhanden sind. Danach ist die komplette Erschließungsstruktur (Straßen, Wege, Ver-/Entsorgungsleitungen, Entwässerungsanlagen, Grünflächen etc.) herzustellen und

Kompensationsmaßnahmen sind umzusetzen. Die erforderlichen Infrastruktureinrichtungen (Schule, KiTas etc.) sind möglichst zeitnah zu errichten.

Zu den aus den Reihen des Gremiums gestellten Fragen erklärt Lorenz unter anderem, dass ein Umlegungsplan für die entsprechenden Grundstücke noch nicht vorhanden sei. Zum in Karlsruhe neuem Entwässerungskonzept führt sie aus, dass das Niederschlagswasser in Grünflächen geleitet werde, um dort zu versickern.

Für die Energieversorgung werde Fernwärme eingesetzt, ebenfalls sollten Photovoltaikanlagen und Solaranlagen Strom für die Haushalte liefern. Mit dem Bebauungsplan schaffe die Stadt die Voraussetzung, dass dort gebaut werden könne. Was auf der Fläche schon stehe habe, Bestandsschutz, erklärt die Stadtplanerin auf eine der Fragen aus dem Gremium. Ein Bauzwang bestehe nicht, verdeutlicht der Vorsitzende. Es handle sich um ein „Angebotsbebauungsplan“, sagt Lorenz.

Zu Fragen hinsichtlich der Einwohnerdichte führt sie aus, dass etwa 160 Personen je Hektar vorerst angenommen werden, wobei die maximale Gebäudehöhe drei bis fünf Stockwerke betragen könne, dies jedoch noch nicht genau feststehe. Hier könne ein in Auftrag gegebenes 3-D Modell visuell Hilfe zur Dichte vermitteln. Insgesamt sei es jedoch schwierig, hierzu Aussagen zu treffen. Die im Eigentum der Stadt befindlichen Grundstücke könnten beispielsweise mit Schule, KiTas und einem Hallenbad jederzeit nach §34 Baugesetzbuch (Umgebungsbebauung) bebaut werden.

Auf die Befürchtung, dass es hinsichtlich der Römerstraße zu einer zeitlichen Verzögerung hinsichtlich des Bebauungsplans kommen könnte, weist der Vorsitzende darauf hin, dass das Gebiet nur kartiert nicht jedoch ausgespart werde.

Nach ihrem Vortrag danken alle Politiker*innen der Fachfrau für ihre detaillierten Ausführungen.

Bei den Stellungnahmen zum Thema begrüßt **Ortschaftsrat Sebastian Kreuter** den ambitionierten Zeitplan von (mindestens) zwei Jahren. Wenn es nach der CDU ginge, würde auf der Freifläche bereits eine Schule stehen, im Idealfall auch schon ein neues Hallenbad – hierzu sollte man alles unternehmen, damit man zeitnah in diese Richtung kommen könne. Es gebe, wie erwähnt, bei der Fläche sehr viele private Eigentümer. Deshalb bitte er, frühzeitig auf diese Eigentümer zuzugehen, damit diese sowohl informiert werden als auch im Interesse der Stadt gegebenenfalls

dann agieren. Und so sehe man die Bürgerversammlung am 23. März als sehr positiv – es wäre hilfreich, dort dann auch das angekündigte 3-D Modell zu haben. Er finde es schön, dass Zentrum III mit erster Priorität eingestuft sei. Auch sehe man die Erforderlichkeiten der notwendigen Infrastrukturen, wie Schulen, KiTas und Seniorenzentrum als „oberste Priorität“.

Ortschaftsrat Bernd Kalusche macht für seine Fraktion ebenfalls deutlich, dass die Grünen das Vorhaben und den Vorentwurf in seiner jetzigen Form begrüßen. Städtischer Wohnraum sei knapp und man halte die Fläche für geeignet, dass sie die Stadtteile Neureut und Kirchfeld miteinander verbinde. Trotz der hohen Dichte sei es „ein schöner, grüner Entwurf“ – insbesondere freue seine Fraktion die Anbindung des Areals an den öffentlichen Nahverkehr sowie die Verlängerung der Bahnlinie, aber auch die Anbindung an die Fernwärme, die vorgesehen sei.

Man habe allerdings noch keine Kenntnis von den Gutachten, die seit 20/21 in Auftrag gegeben wurden. Deshalb würde man sich wünschen, dass deren Ergebnisse den Poitiker*innen vor der Bürgerversammlung zukommen gelassen werden könnten.

Seine Partei freue sich über die hohe Priorität, die das Projekt genieße, würde sich aber dennoch wünschen, dass „Vieles schneller“ gehe.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber betont, sie sei noch immer sehr überzeugt vom Rahmenplan und dessen weiterer Umsetzung mit den „schönen Grünzügen“.

Sie hoffe, dass es auch bei der Realisierung des komplizierten Umlegungsverfahrens bezahlbaren Wohnraum geben werde und die Bereiche, die die Stadt vergeben kann, mit Genossenschaftswohnbau, Baugruppen und ähnliches realisiert werden könne. Hinsichtlich der Dichte sei auch sie auf das angekündigte 3 D – Modell gespannt, wie dies optisch präsentiert werde. Die Hallenbad-/Schulsituation bleibe spannend.

Für seine Fraktion fasst **Ortschaftsrat Dieter König** zusammen, dass bei dem städtebaulichen Realisierungswettbewerb von dem Preisträger, Büro Pesch u. Partner, die für uns wichtigen Eckpfeiler in dem nachfolgend erarbeiteten Rahmenplan zum Teil übernommen wurden. Dazu erinnert er, dass bei der Dichte im Ortschaftsrat immer von maximal 2.000 Einwohner gesprochen wurde. Erst bei den Vorgaben für den Realisierungswettbewerb sind 2.550 Einwohner festgelegt worden,

im vom Gemeinderat verabschiedeten Rahmenplan sind 2.610 Einwohnern enthalten. Diese 2.610 Einwohner konnten und können wir heute mittragen. Wir bestehen aber in jedem Fall darauf, dass dies die maximale Einwohnerzahl ist. Allerdings wurde - und das ist uns wichtig - die bei den Anforderungen zum Wettbewerb genannten 20% des Wohnraumes für sozialgerechte und bezahlbare Wohnungen im oben genannten Rahmenplan nicht aufgeführt. Diese Anforderung wollen wir in jedem Fall aufrechterhalten. Auch spricht er das Problem der Umlegung mit den kleinen und großen Handtuchgrundstücken an. Abschließend bekräftigt er, die FDP Fraktion wolle in jedem Fall, dass der Ortschaftsrat bzw. der Ausschuss für Planungs- und Bauprojekte an dem Prozess der Grundstücksumlegung maßgeblich beteiligt werde. Ebenso müsse dieser Ausschuss bei der Entwicklung des Bebauungsplans wie z.B. der Infrastruktur insbesondere der o.g. Dichte, der Internet Infrastruktur (Stichwort „Smart City“), den Stellplätzen usw. beteiligt werden. Abschließend signalisiert der Rat seine Zustimmung zum Sachstandsbericht sowie Einverständnis zum weiteren Vorgehen.

Sobald die Gutachten vorliegen, sollen sie dem Gremium zur Kenntnis gebracht werden, verspricht der Vorsitzende.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat nimmt den Sachstandsbericht zum Bebauungsplan „Neureut-Zentrum III“ zur Kenntnis.

Zu Punkt 3 der T.O.: **Antrag der FDP-Ortschaftsratsfraktion auf Errichtung eines Bouleplatzes im Hermann-Meinzer-Park**

Fraktionsvorsitzender Ole Reher weist für die FDP als antragstellende Fraktion darauf hin, der Wunsch sei aus der Bevölkerung an seine Fraktion herangetragen worden. Es sei eine sinnvolle Ergänzung, einen Bouleplatz im Ortskern anzubieten. Das Vorhaben könnte mit dem Ortschaftsrat zur Verfügung stehenden Mitteln aus der Investitionspauschale finanziert werden.

Das Gartenbauamt hat die Umplanung des Hermann-Meinzer-Parks vorgenommen und bis auf einen Kinderspielplatz mit eventuellen Wasserspielen bereits planerisch

und baulich umgesetzt, antwortete die Ortsverwaltung zum Vorschlag. In den Planungen sei bisher kein Bereich für einen Bouleplatz ausgewiesen. Neureut hat am Josef-Groß-Platz, An der Sandgrube und auf dem Gelände des TuS Neureut bereits drei Bouleplätze, die die Ortsverwaltung in Eigenregie gebaut. Die Nutzungen in den öffentlich zugänglichen Bereichen sind allerdings zurückgegangen, was am Bewuchs feststellbar ist, wenn nicht begangen und bespielt werde. Es sei im Vorfeld der Planungen bereits diskutiert und ebenso wenig wie ein Schachbrett in die Planungen aufgenommen worden. Dennoch wäre auch im Nachhinein die Umsetzung grundsätzlich durch die Neureuter Bauhofmitarbeiter*innen möglich und könnte eine Attraktivitätssteigerung darstellen.

Sinnvoll wäre in diesem Zusammenhang, wenn sich eine Gruppe finden würde, die regelmäßig bespielt und den Bouleplatz wegen Verschmutzung und Beschädigung im Auge behalten könnte. Ansonsten sehe die Verwaltung einen weiteren zusätzlichen Pflegeaufwand. Die Materialkosten ohne Personalkosten wären bei rund 1500 €.

Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht erinnert nochmals daran, dass es bereits drei Bahnen in Neureut gebe. Es sei jedoch nichts dagegen einzuwenden, den Hermann-Meinzer-Park weiter zu beleben.

In diesem Zusammenhang macht sie als **Vorsitzende der Turngemeinde Neureut** in dieser Sitzung auf einen Wettbewerb aufmerksam, den es zu sogenannten „*Sportboxen*“ vom Deutschen Olympischen Sportbund gebe. Hier wird für Kommunen, Städte und Gemeinden die Möglichkeit geschaffen, in Kooperation mit einem Sportverein sich für eines von 150 öffentlich zugänglichen Verleihangeboten inklusive Trainingsequipment zu bewerben. Lokalen Sportvereinen sollen dabei als Kooperationspartner fungieren und übernehmen eine Patenschaft zur Nutzung, Betreuung und Pflege der öffentlichen Verleihangebote. Hierzu wolle sich die Neureuter Turngemeinde, erklärte die Ortschaftsrätin, gemeinsam mit dem CVJM Neureut bewerben und das Angebot im Hermann-Meinzer-Park installieren.

Der Hinweis auf dieses Sportförderangebot, sei, so erklärte Ortsvorsteher Achim Weinbrecht, vom Dezernat 3 der Stadt Karlsruhe gekommen. Es bestehe seitens der Ortsverwaltung ein Kooperationswunsch mit Neureuter Vereinen (TG, CVJM) sowie möglichen Nutzenden.

Wenn man den Zuschlag für eine der Sportboxen erhalte, so Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht, stelle dies eine sehr große Bereicherung dar und führte dies auch für

den Seniorensport an. Zudem sei eine der Schubladen frei zu bestücken und dies könne mit Boulekugeln getan werden, schlägt der Vorsitzende vor.

Nach einer ausführlichen, teilweise kontrovers geführten Diskussion auch über weitere Details, wie beispielsweise alternative Standorte für eine Sportbox sowie der Hinweis auf Antragsstellung und -frist für den Wettbewerb, ist die Thematik zur weiteren Behandlung in den Ausschuss am 16. Februar verwiesen worden.

Es kommt, bei einer Gegenstimme, mehrheitlich zum

Beschluss:

Die Thematik wird zur weiteren Behandlung in den Ausschuss am 16. Februar 2023 verwiesen.

Zu Punkt 4 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

4.1

Der **Vorsitzende** informiert:

Alle Bekanntgaben werden den Ratsmitglieder*innen im Nachgang zugemailt:

- **Besichtigung Geothermie-Bohrplatz** am 02.03.2023 von 16:30 – 18:00 Uhr in Graben-Neudorf: Hierzu werden noch Einladungen versandt.
- **Neureuter Platz:** Erläuterungen zum Sachstand der Ausweisung des Neureuter Platzes als Fußgängerzone.
- Zur zurückliegenden Anfrage von **Ortschaftsrätin Siglinde Andor** zum Heidensee Wasserqualität bezüglich eines Zwischenberichts/Sachstandsbericht:

Stellungnahme Tiefbauamt: Am 23.12. bekamen wir den Bericht vom beauftragten Büro und wir sind derzeit noch dabei zu lesen und auszuwerten. Messungen, die von uns beauftragt wurden sind alle abgeschlossen. Die Fachämter werden in einem nächsten Schritt besprechen, welche Sanierungsmaßnahmen für den Heidensee geplant werden. Sobald diese festliegen, können wir Sie dazu informieren. Eine längerfristige Verbesserung Wasserqualität wird sich voraussichtlich erst nach Abschluss der Sanierung einstellen. In den beiden letzten Jahren fanden Abfischungen im Heidensee statt, dabei wurden möglichst viele Fische entnommen (und in anderen

Gewässern wiedereingesetzt). Es ist nicht vorgesehen, den Heidensee wieder aktiv mit Fischen zu besetzen, ein fischfreies Gewässer wird dennoch nicht entstehen.

- **Zum Stromnetzausbau / 380-KV-Leitung:** Entscheidung der Bundesfachplanung Stromnetzausbau, Vorhaben Nr. 19 BBPIG, Abschnitt Süd Weinheim-Daxlanden,
Der Vorsitzende fasst grob zusammen:
Der Anregung des Ortschaftsrates und der Stadt Karlsruhe ist entsprochen worden. Die Erweiterung soll auf der bisherigen Trasse erfolgen, sodass keine weiteren Eingriffe in die Natur auf Neureuter Gemarkung geben sollte. Logischerweise sei Eggenstein-Leopoldshafen nicht gerade erfreut über diese Entscheidung.

- **Geschwindigkeitsbeschränkung 120 (100) km/h auf der B 36 / Neureuter Gemarkung:**
Zitat aus der Anordnung: Die Anordnung zur Geschwindigkeitsreduzierung erfolgt aufgrund von teilweise schweren Verkehrsunfällen. Auf der B 36 zwischen Sudetenstraße (Karlsruhe/Knielingen/Neureut Süd und der Landstr 604 (Ausfahrt Eggenstein) sind jetzt (heute) Verkehrszeichen zur Geschwindigkeitsverringerng an den B 36 Einfahrten installiert. Jetzt gilt Tempo 120, bei Nässe Tempo 100.

- Zu einem Bericht in den BNN hinsichtlich der Thematik „**Entwässerung Heide**“ lässt der Vorsitzende den Ratsmitgliedern hierzu eine ausführliche schriftliche Stellungnahme des Tiefbauamtes zukommen.

- **Gedenkstele/-tafel/-stein** für Euthanasieopfer im Hermann-Meinzer-Park: Hierzu wolle man, so der Vorsitzende, den Ortschaftsrat miteinbinden. Es sei zwar, aus Sicht der Ortsverwaltung, eine Formsache. Man wolle dies in der Bauausschusssitzung mitbehandeln.
Anfrage von Frau Lahres zur Umsetzung. Sachstand: Es muss erst noch das Entwidmungsverfahren Friedhof zu Park durchgeführt werden, dann werden Vorschläge für eine Stele, eine Gedenktafel oder einen Gedenk-stein dem Ortschaftsrat unterbreitet. Dies dauert allerdings noch. Der Text wurde ja bereits durch intensive Abstimmungen festgelegt.

- **Calisthenics-Anlage Karl-Hubbuch-Weg:** Baubeginn war der 24.01.2023.

- **Kanalanschluss Kirchefeldkaserne:**

Im Bereich „An der Trift“ und „An der Waldschule“ werden Kanalanschlussarbeiten auf Kasernengelände durchgeführt werden. Am 14.02. wird es zu einer Straßensperrung zwischen Gildestraße und An der Trift wegen Materialanlieferungen kommen.

- **Kriegerdenkmal vor der Nordkirche:**

Die Sanierungsarbeiten endeten am 02.02.2023. Hierzu erfolgt ein Dank des Vorsitzenden an Rechnungsamtsleiter Axel Grether.

- **Terminvormerkung:**

Am 28.09.2023 wird voraussichtlich statt einer Ausschusssitzung eine Ortschaftsratsitzung mit Haushaltsreden stattfinden. Dies sei gekoppelt an die Haushaltsreden im Gemeinderat.

- **Baustellenbesichtigung Schulzentrum:**

Am 04. Mai 2023 besteht um 16:30 Uhr die Besichtigungsmöglichkeit der Baumaßnahmen im Schulzentrum Neureut. Um 18 Uhr findet im Anschluss eine Ausschusssitzung statt.

- **Schließung der städtischen Dienststellen am Fastnachtstag:**

Es wurde stadtweit angeordnet, dass am 21.02.2023 alle städtischen Dienststellen, also auch die Ortsverwaltung Neureut geschlossen haben und die Mitarbeiter*innen Urlaub oder Gleitzeit nehmen müssen.

- **Weitere Schließzeiten Badnerlandhalle vermeiden:**

Die Ortsverwaltung versucht, in Abstimmung mit HGW und beauftragten Architekten, weitere Schließzeiten der Badnerlandhalle (mit Ausnahme der Sommerferien) möglichst zu vermeiden und Arbeiten in den laufenden Betrieb zu integrieren. Bsp. Statikarbeiten, Säulenreparatur. Es wird zudem mitgeteilt, dass der Gastronomiebetrieb ab 1. März wieder startet.

Zu Punkt 5 der T.O.: **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat****5.1****Ortschaftsrat Detlef Hofmann****a)**

fragt nach, wie verlässlich die Aussagen zu der Badnerlandhalle sind, unter anderem wegen Toilettenhäuschen oder der event. weiteren Schließungen auch wegen der zuvor angesprochenen Statikproblemen?

b)

Für die **Grabener Straße** wünscht er das Aufstellen eines entsprechenden Verkehrsschildes hinsichtlich des („Shared Space“) gemeinsamen Fußgänger-/Fahrradweges, der nicht eingezeichnet sei. Hier komme es immer wieder, weil dies die Nutzenden nicht wissen, zu Konflikten. Dies gelte auch für den Bereich hinten am Friedhof, wo ebenso kein Schild vorhanden sei.

Antworten:**Zu a)**

Die Toilettenanlagen seien nach Auskunft HGW und Planern im Laufe des Monats Februar wieder voll nutzbar. Im Gastronomiebereich seien die Toilettenanlagen bereits wieder voll funktionsfähig. Es sind jetzt noch Restarbeiten im Hallenbereich durchzuführen. Der Gastronomiebereich kann ab 1. März 2023 wieder in Betrieb gehen, da hier Abnahmen der Geräte mit entsprechender Prüfung des TÜVs erfolgt sei, diese voll funktionsfähig sind und deshalb der Wirt zum 1. März wieder starten könne. Dieses Datum sei auch durch den Bautechniker der Ortsverwaltung, Herrn Stern, bestätigt worden, der dies nun intensiv betreue, ergänzt der Vorsitzende.

„Schließzeiten“ bedeute nicht, dass die Halle wieder geschlossen werde, sondern die eine oder andere Veranstaltung nicht durchgeführt werden könne. Die Statikprobleme betreffen nicht die Halle sondern die Bühnentechnik. Es müsse nun ein Tragwerk oder eine Traverse konstruiert werden, die wieder 40 Tonnen tragen dürfe anstelle der durch Brandschutzauflagen nunmehr reduzierten 20 Tonnen, führt der Vorsitzende aus. Die Arbeiten müssen während dieser Zeiten erledigt werden.

Zu b)

Dort sage der Bebauungsplan eine andere Verkehrsregelung aus als wie es beschildert wurde – deshalb gebe es auch bereits seit Jahren mit dem Stadtplanungsamt/Verkehr Diskussionen. Es wurde eine Entscheidung zugesagt, die

aber bis zum heutigen Tag leider noch nicht erfolgt sei – trotz ständigen Nachhakens. Auf die Nachfrage von Ortschaftsrat Detlef Hofmann, ob man hierzu einen Antrag im Gemeinderat stellen solle, antwortet der Vorsitzende, dass dies der Fraktion obliege.

5.2

Ortschaftsrätin Siglinde Andor weist darauf hin, weil sie darauf angesprochen wurde, dass sich im Bereich Bocksdornweg-/ Lorbeerweg sehr viele KVV-Fahrräder abgestellt seien, weil es sich hier wahrscheinlich um den Endpunkt handle, wo die Fahrräder abgemeldet werden können. Viele Fußgänger müssten daher auf die Straße ausweichen.

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

5.3

Ortschaftsrat Dieter König berichtet von der Hauptversammlung der Neureuter Freiwilligen Feuerwehr. Der Kommandant Dirk Schelling habe in seinem Bericht sich ausdrücklich beim Ortschaftsrat für die zur Verfügung gestellten IP Mitteln auch im Namen aller Kameraden ganz besonders bedankt. U.a. wurden 20 DME's also Dig. Meldeempfänger beschafft, die im Ernstfall zusätzliche Kameraden zum Einsatz rufen können. Dadurch wird auch insbesondere die Tagesverfügbarkeit erhöht und natürlich werden auch die Ausrückezeiten reduziert. Der Kommandant habe auch berichtet, dass selbstverständlich auch im hoffentlich nicht ganz so heißen Sommer die verschiedenen Gruppen der aktiven Wehr als auch die Alterskameraden für das Bäume gießen zur Verfügung stehen. Außerdem bedankte er sich beim Ortsvorsteher für die unbürokratische Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung, bei der immer alle Anliegen gemeinsam gelöst werden. Auch der Kommandant der Berufsfeuerwehr Florian Geldner bedankte sich beim Ortsvorsteher für die sehr gute Zusammenarbeit Branddirektion und Ortsverwaltung. Bereits bei der Leistungsschau hat Herr Geldner dem Ortschaftsrat und auch Mitarbeiter der Ortsverwaltung eingeladen, die neue Hauptwache am Ostring zu besuchen. Mit den Alterskameraden habe ich die Hauptwache schon besucht eine der modernsten Wachen in Deutschland. Ich kann den Besuch nicht nur den technisch Interessierten empfehlen und schlage vor, dass bei Interesse Hauptamtsleiter Thomas Jäger den Besuch organisiert. Hierzu signalisiert das Gremium Interesse.

Zum Thema „**Badnerlandhalle**“, zu dem es noch viele offenen Fragen gebe, bittet er einen Termin im Planungsausschuss hierzu zu machen und wirbt bei seinen Kolleg*innen um Zustimmung.

5.4

Die von **Ortschaftsrat Rüdiger Lörz** gestellten Frage nach dem Stand des „Skaterparks“ wird vom Vorsitzenden in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung verwiesen.

5.5

Zu der in den BNN angekündigten Badschließung des Adolf-Ehrmann-Bades im Sommer möchte **Fraktionsvorsitzender Ole Reher** wissen, ob es noch Möglichkeiten gebe, hier Einfluss zu nehmen oder es Sinn mache, beispielsweise einen interfraktionellen Antrag zu stellen und auf die Stadt/Bäderbetriebe zuzugehen?

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

5.6

Ortschaftsrätin Petra Sander fragt nach Neuigkeiten zum Thema „Geldautomaten“?

Antwort:

Diese Nachfrage wird ebenfalls in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung verwiesen.

5.7

Ortschaftsrat Sebastian Kreuter gibt eine Frage, die von den Schachfreunden Neureut an ihn herangetragen wurde weiter, ab wann diese wieder in die Badnerlandhalle können?

Antwort:

Sobald die Arbeiten in der Halle beendet sind. Eine verlässliche Aussage ist noch nicht möglich. Es existiere ja die von der Ortsverwaltung organisierte Ersatzmöglichkeit. Ein Telefonat des Vorstands mit Rechnungsamtsleiter Axel Greter könne über den genauen Sachstand informieren.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: